

Sitzungsperiode 2021-2022
Sitzung des Ausschusses III vom 2. Dezember 2021

INTERPELLATIONEN*

- **Interpellation Nr. 22 von Herrn MERTES (VIVANT) an Ministerin KLINKENBERG zur Diskriminierung von Nicht-Geimpften durch Kaleido**

Seit nunmehr etwa 20 Monaten äußern wir unsere Besorgnis zu den Folgen der Maßnahmen, welche von den Regierungen des Landes im Rahmen der so genannten Covid-19-Pandemiebekämpfung ergriffen werden.

Ein Element dieser Folgen, auf das ich heute im Rahmen meiner Interpellation eingehen möchte, ist die Diskriminierung. Obwohl sich viele politische Parteien gegen etliche Formen der Diskriminierung einsetzen, scheint die Diskriminierung im Rahmen der Corona-Krise kommentarlos hingenommen zu werden.

So droht beispielsweise den Pflegekräften die Entlassung, sollten Sie am 1. April 2022 nicht vollständig geimpft sein.

Aber auch im Unterrichtswesen wurden nun Maßnahmen ergriffen, welche diskriminierend sind. So geht aus einem den Beschäftigten im Schulwesen durch Kaleido zugesandten Dokument, das "Covid-19-Fallmanagement im Grundschulwesen (Kindergarten und Primarschule) - die Basics"¹ hervor, dass geimpfte Personen anders behandelt werden, als nicht geimpfte. Schüler als auch das Lehrpersonal werden demnach nicht nur diskriminiert sondern auch stigmatisiert und so potenziellem Druck seitens Klassenkameraden und Kollegen ausgesetzt.

Ein Beispiel: Wenn eine Person einen Kontakt mit hohem Risiko hatte, muss sie nach einem negativen Test trotzdem 7 Tage in Quarantäne bleiben, wenn sie nicht geimpft ist, nicht aber wenn sie geimpft ist. Eine Person, die genesen ist, wird nur getestet, wenn sie Symptome hat und muss nicht in Quarantäne, wenn der Test negativ ausfällt.

Unter Punkt 4 in der Kategorie Kindergarten macht man einen Unterschied zwischen geimpften und nicht geimpften Familienmitgliedern, ich zitiere:

"Vollständig geimpfte Familienmitglieder sollten sofort getestet werden. Wenn das Ergebnis dieses Tests negativ ist, kann die Quarantäne sofort beendet werden. Außerdem muss ein 2. Test am 7. Tag nach Ende der Isolierung des infizierten Familienmitglieds erfolgen. Nicht oder unvollständig geimpfte Familienmitglieder: Hier gilt dieselbe Prozedur wie für die Kinder: Quarantäne von 10 Tagen + 10 Tage nach Ende der Isolierung des

* Die nachfolgend veröffentlichte Interpellation entspricht der von Herrn Mertes hinterlegten Originalfassung.

¹ KALEIDO: COVID-19-Fallmanagement im Kindergarten & Grundschulwesen (siehe Anlage 1)

Familienmitglieds mit Option zum Test am 7. Tag, um die Quarantäne zu verkürzen (bei negativem Ergebnis)" Zitat Ende.

Darüber hinaus dürfen an vielen Schulen, Schüler, die nicht im Besitz eines CST sind, an Klassenfahrten nicht mehr teilnehmen. So konnten Schüler des Königlichen Athenäums Eupen (KAE) ohne CST an einer Städtereise nicht teilnehmen.²

Inzwischen ist bekannt, dass man auch als Geimpfter an Covid erkranken und das Virus ebenfalls übertragen kann.

Der Hohe Gesundheitsrat (CSS - Conseil Supérieur de Santé)³ schreibt in seiner Empfehlung vom 9. Juli 2021 an die Regierung auf der Seite 8 folgenden Satz (frei übersetzt): "Derzeit gibt es nur wenige Daten über die Wirksamkeit des Impfstoffs gegen die Übertragung von SARS-CoV-2 bei Kindern und Jugendlichen."

Der CSS bemerkt weiter auf Seite 12 seines Berichts: "Wenn alle Personen, die älter als 18 Jahre sind (mit oder ohne Risiko), die Möglichkeit hatten und/oder die Impfung COVID-19 (Impfstatus - Pass COVID) erhalten haben, dann darf der Impfstatus dieser Kinder und Jugendlichen auf gar keinen Fall mehr deren Rechte und Freiheiten einschränken."

Derzeit sind in Belgien 87% der Bevölkerung über 18 Jahre mindestens zwei Mal geimpft (Sciensano, Stand 23.11.2021). Trotzdem werden die Freiheiten unserer Kinder immer noch eingeschränkt.

Auch andere Maßnahmen führen zur Diskriminierung der nicht geimpften Bevölkerung, weil sie ohne CST nicht mehr am gesellschaftlichen Leben teilnehmen dürfen: Keine Restaurantbesuche, keine Konzerte, kein Cafésbesuch, kein Kneipenbesuch usw.

Unterschwellig wird den nicht geimpften Menschen durch finanziellen und sozialem Druck ein Impfwang auferlegt. Die Tests kann sich langfristig niemand leisten und die Angst vor einer Kündigung und den damit verbundenen Folgen gibt vielen das Gefühl, keine andere Wahl zu haben, als sich impfen zu lassen.

In der Resolution 2361 des Europarats vom 27. Januar 2021⁴ wird darauf hingewiesen, dass die Personen, die sich nicht impfen lassen wollen, auf keinen Fall diskriminiert werden dürfen, ich zitiere:

Punkt 7.3.1.: Dafür zu sorgen, dass die Bürgerinnen und Bürger darüber aufgeklärt sind, dass die Impfung NICHT verpflichtend ist und niemand politisch, sozial oder anderweitig unter Druck gesetzt wird, sich impfen zu lassen, wenn er oder sie dies nicht möchte;

Punkt 7.3.2.: Dafür zu sorgen, dass Personen, die nicht geimpft sind, weil dies aufgrund möglicher Gesundheitsrisiken nicht möglich ist oder die betreffende Person dies nicht möchte, nicht diskriminiert werden;

Die Resolutionen des Europarats haben, leider möchte ich in diesem Fall sagen, keine bindenden Charakter. Trotzdem erwähne ich dies hier, da der Europarat oft als das "Gute Gewissen Europas" bezeichnet wird.

Zur Erinnerung möchte ich einen kurzen Beitrag vom Deutschlandfunk⁵ zitieren: "Der Europarat versteht sich als Hüter des gemeinsamen europäischen Erbes von

² Städtereise Athenäum.pdf (siehe Anlage 2)

³ CSS 20210709_css-9655_conclusions-recommandations_vweb.pdf - [https://www.health.belgium.be/sites/default/files/uploads/fields/fpshealth_theme_file/20210709_css-9655_conclusions\[1\]recommandations_vweb.pdf](https://www.health.belgium.be/sites/default/files/uploads/fields/fpshealth_theme_file/20210709_css-9655_conclusions[1]recommandations_vweb.pdf)

⁴ EU résolution 2361.pdf - <https://pace.coe.int/pdf/840ad2aa894c5aaa7dc1bcee5db8b64f93c90dcce035b1fc030b116275eab9a2/r%C3%A9solution%202361.pdf>

⁵ Das gute Gewissen Europas.pdf - <https://www.deutschlandfunk.de/das-gute-gewissen-europas-100.html>

Menschenrechten, Demokratie, Freiheit, Pluralismus und Rechtsstaatlichkeit. Als er am 5. Mai 1949 gegründet wurde, sollte er vor allem helfen, die Gräueltaten des Zweiten Weltkriegs in Zukunft zu vermeiden. Von zehn Staaten ins Leben gerufen, hat der Europarat heute 47 Mitglieder."

Auch wenn die Resolutionen des Europarats für seine Mitglieder nicht bindend sind, so hat der Europarat doch einen hohen Stellenwert. Die Missachtung seiner Resolutionen ist zumindest ethisch äußerst problematisch.

Zu den im Dekret der DG vom 19. März 2012 zur Bekämpfung bestimmter Formen von Diskriminierung⁶ enthaltenen geschützten Merkmale gehört der aktuelle oder zukünftige Gesundheitszustand, ich zitiere:

Art. 3 – Für die Anwendung des vorliegenden Dekrets versteht man unter:

1. geschützte Merkmale: die Nationalität, eine so genannte Rasse, die Hautfarbe, die Abstammung oder die nationale oder ethnische Herkunft, das Alter, die sexuelle Ausrichtung, die Religionszugehörigkeit oder Weltanschauung, eine Behinderung, das Geschlecht und verwandte Gebiete wie die Schwangerschaft, die Geburt und Mutterschaft oder aber die Geschlechtsumwandlung, der Zivilstand, das Vermögen, die politische Anschauung, die gewerkschaftliche Überzeugung, die Sprache, der aktuelle oder zukünftige Gesundheitszustand, ein physisches oder genetisches Merkmal oder die soziale Herkunft;

Art. 28 - Mit einer Gefängnisstrafe von zwei Monaten bis zu zwei Jahren wird jeder Beamte oder öffentliche Amtsträger, jeder Träger oder Bedienstete der öffentlichen Gewalt oder der öffentlichen Behörde bestraft, der in der Ausübung seiner Funktionen eine Person wegen eines der gemäß Artikel 3 Nummer 1 geschützten Merkmale diskriminiert.

Dieselben Strafen werden angewandt, wenn die Taten gegenüber einer Gruppe, einer Gemeinschaft oder ihren Mitgliedern wegen eines der gemäß Artikel 3 Nummer 1 geschützten Merkmale begangen werden.

Wenn der Beschuldigte beweist, dass er auf Befehl seiner Vorgesetzten in Angelegenheiten gehandelt hat, für die sie zuständig sind und für die er ihnen als Untergeordneter Gehorsam schuldete, werden die Strafen nur auf die Vorgesetzten angewandt, die den Befehl erteilt haben.

Wenn die Beamten oder öffentlichen Amtsträger, die beschuldigt werden, die oben erwähnten Willkürtaten befohlen, zugelassen oder erleichtert zu haben, behaupten, dass ihre Unterschrift erschlichen worden ist, sind sie verpflichtet, der Tat gegebenenfalls ein Ende zu setzen und den Schuldigen anzuzeigen; sonst werden sie persönlich verfolgt.

Wenn eine der oben erwähnten Willkürtaten durch Fälschung der Unterschrift eines Beamten begangen worden ist, werden die Urheber der Fälschung und diejenigen, die die Unterschrift böswillig oder betrügerisch verwenden, mit einer Gefängnisstrafe von zehn bis zu 15 Jahren bestraft."

Diskriminierung ist also kein harmloses Vergehen, wie die vorgesehenen Strafen in diesem Dekret zeigen.

In der belgischen Verfassung⁷ gibt es 2 bedeutende Artikel zur Diskriminierung:

Art. 10 – Es gibt im Staat keine Unterscheidung nach Ständen.

⁶ DG - DEKRET ZUR BEKÄMPFUNG BESTIMMTER FORMEN VON DISKRIMINIERUNG. pdf https://www.unia.be/files/Documenten/Wetgeving/DG_antidiscDU.pdf

⁷ https://www.senate.be/deutsch/const_de.html

Die Belgier sind vor dem Gesetz gleich;

[...]

Art. 11 – Der Genuss der den Belgiern zuerkannten Rechte und Freiheiten muss ohne Diskriminierung gesichert werden. Zu diesem Zweck gewährleisten das Gesetz und das Dekret insbesondere die Rechte und Freiheiten der ideologischen und philosophischen Minderheiten.

Die Europäische Menschenrechtskonvention⁸ sieht folgendes vor:

Art. 14 - Diskriminierungsverbot

Der Genuss der in dieser Konvention anerkannten Rechte und Freiheiten ist ohne Diskriminierung insbesondere wegen des Geschlechts, der Rasse, der Hautfarbe, der Sprache, der Religion, der politischen oder sonstigen Anschauung, der nationalen oder sozialen Herkunft, der Zugehörigkeit zu einer nationalen Minderheit, des Vermögens, der Geburt oder eines sonstigen Status zu gewährleisten.

Der von der UNO verfasste Internationale Pakt über bürgerliche und politische Rechte vom 19. Dezember 1966⁹ beinhaltet folgendes:

Artikel 7

Niemand darf der Folter oder grausamer, unmenschlicher oder erniedrigender Behandlung oder Strafe unterworfen werden. Inbesondere darf niemand ohne seine freiwillige Zustimmung medizinischen oder wissenschaftlichen Versuchen unterworfen werden.

Artikel 26

Alle Menschen sind vor dem Gesetz gleich und haben ohne Diskriminierung Anspruch auf gleichen Schutz durch das Gesetz. In dieser Hinsicht hat das Gesetz jede Diskriminierung zu verbieten und allen Menschen gegen jede Diskriminierung, wie insbesondere wegen der Rasse, der Hautfarbe, des Geschlechts, der Sprache, der Religion, der politischen oder sonstigen Anschauung, der nationalen oder sozialen Herkunft, des Vermögens, der Geburt oder des sonstigen Status, gleichen und wirksamen Schutz zu gewährleisten.

Die durch die Regierung auferlegten Pandemie-Maßnahmen stehen im Widerspruch zu allen Gesetzen und Dekreten zur Bekämpfung der Diskriminierung.

Wenn die Regierung diese Gesetze unter dem Vorwand der epidemischen Notlage nicht einhält, dann muss sie diese Notlage auch wissenschaftlich belegen können. Dies ist jedoch nicht der Fall. Die wissenschaftliche Datenlage zeichnet kein einheitliches Bild. Wenn eines sicher ist, dann ist es, dass in Sachen Corona nichts sicher ist.

Vor diesem Hintergrund habe ich folgende Fragen an Sie:

- 1. Ist es zutreffend, dass Sciensano die Richtlinien im Fallmanagement für ganz Belgien festlegt und Kaleido diese für die DG aufbereitet und an die Schulen kommuniziert?*
- 2. Auf welche wissenschaftlichen Grundlagen beruft sich Sciensano, um die geimpften Schüler und Lehrer NICHT den gleichen Quarantäne-Maßnahmen zu unterwerfen wie die nicht geimpften? Bitte geben Sie hierzu die entsprechenden Quellen an.*
- 3. Ist Ihnen bewusst, dass zusätzlich zur Belastung durch die Pandemie an sich, vor allem die Kinder durch Ausgrenzung einer enormen psychischen Belastung ausgesetzt sind, welche möglicherweise irreversible psychische Schäden verursacht?*

⁸ European Convention on Human Rights.pdf - https://www.echr.coe.int/Documents/Convention_DEU.pdf

⁹ Internationaler Pakt über bürgerliche und politische Rechte vom 19. Dezember 1966 ICCPR_Pakt.pdf - https://www.institut-fuer-menschenrechte.de/fileadmin/Redaktion/PDF/DB_Menschenrechtsschutz/ICCPR/ICCPR_Pakt.pdf

4. *Wenn ja, wie rechtfertigen Sie dann, dieses Dokument trotzdem und vor allem kommentarlos zu veröffentlichen?*
5. *Selbst wenn die Anweisungen von Sciensano stammen, sind Sie als Unterrichtsministerin verantwortlich, für das was Sie bzw. die Ihnen unterstehenden Dienste veröffentlichen. Wie können Sie eine solche Vorgehensweise einer belgischen Behörde dulden, wohlwissend, dass hier Menschen offensichtlich aufgrund eines Gesundheitsmerkmals diskriminiert werden?*
6. *Ist Ihnen bewusst, dass der verantwortliche Mitarbeiter von Kaleido wegen Diskriminierung juristisch belangt werden kann?*

(2 Anlagen)